

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt" - "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.- M., im voraus zahlbar. Für Postbesug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg 69.- M., für das übrige Ausland 77.- M. Abonnenten, Expedienten und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 60

Die schmalformatige Kompartiments- oder deren Raum kostet 10.- M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.- Wort netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Vertriebspreis Zentrum 152 90 - 152 99

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Reichstag und Ententeforderungen

Reichskanzler Dr. Wirth legte gestern im Reichstag die Auffassung der Regierung zu der "neuen Erhellung der Lage" dar, wie er die Wirkung der letzten Note der Reparationskommission kennzeichnete. Auf dem Hause lastete gestern nicht die Spannung, die bei früheren Erklärungen der Reichsregierung zur auswärtigen Lage geherrscht hatte. Denn man kannte im großen und ganzen die Stellungnahme der Reichsregierung, und man wußte auch, daß sie bei ihrem Bestreben, in weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission Milderungen zu erreichen, der Zustimmung der großen Mehrheit des Parlaments gewiß sein kann.

Dr. Wirth ließ erkeulicherweise keinen Zweifel daran, daß die Regierung ihre bisherige grundsätzliche Haltung in der auswärtigen Politik beizubehalten gedenke. Nach wie vor soll der Welt durch die Erfüllung im Rahmen des Möglichen der praktische Nachweis gebracht werden, wo die Grenze des Erfüllbaren liegt und wo sie nicht überschritten werden kann, ohne der Weltwirtschaft tödliche Wunden zu schlagen. Daß auf diesem Wege kritische Situationen eintreten können, haben wir stets vorausgesehen. Aber es ist richtig, wenn der Reichskanzler erklärt, das sei nur ein Ansporn, sie zu überwinden und auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Deshalb könne auch keine Rede davon sein, daß die Behauptung der prinzipiellen Gegner der Erfüllungspolitik, sie habe jetzt Schiffbruch gelitten, die Haltung der Regierung irgendwie beeinflussen könne.

Ebenso klar und eindeutig hatte Wirth vorher die Absicht der Regierung, in Verhandlungen mit der Reparationskommission einzutreten, bekundet. — Diese Verhandlungen aber sollen nicht geführt werden auf dem Boden der Forderung der Reparationskommission nach der Finanzkontrolle und ebensowenig auf der Anerkennung der Möglichkeit, bis Ende Mai neue 60 Milliarden Steuern zu beschließen.

Was der Reichskanzler mit teilweise sehr scharfen Worten gegen den Versuch des Eingriffs in die deutsche Finanzhoheit geltend machte, entspricht im großen und ganzen auch unserer Auffassung. So scharf wir auch stets die Mängel der deutschen Steuerveranlagung und Steuerkontrolle kritisiert haben und so unermüdet unser Kampf gegen die besitzenden Schichten und die bürgerlichen Parteien in Deutschland gewesen ist, die diesem Steuerabbaue duldsam oder billigend gegenüberstanden, so unmöglich ist es doch aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen, nun der Entente die Oberhoheit über die deutsche Steuerverwaltung zu überlassen. Die deutsche Arbeiterklasse bringt den Organen des französischen Kapitalismus genau so wenig Vertrauen entgegen, wie den deutschen. Andererseits aber würde diese ausländische Kontrolle auch zu einer ungeheuren wirtschaftlichen Belastung des deutschen Volkes führen, so daß der Widerstand gegen diese Forderung nicht nur begreiflich, sondern vollkommen gerechtfertigt ist. Mit Nachdruck unterstrich Dr. Wirth auch, daß noch in den Zahlungsbedingungen zum Londoner Ultimatum die Entente selbst den Standpunkt vertreten habe, daß das Garantiefomitee nicht ermächtigt sein soll, in die deutsche Verwaltung einzugreifen.

Ebenso entschieden wandte sich Dr. Wirth gegen die Forderung nach Einführung neuer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Papiermark. Das sei eine "völlig unmögliche Bedingung". Wenn Dr. Wirth zur Begründung darauf verwies, daß das direkte Steuersystem in Deutschland in einer Weise ausgebaut sei, wie in keinem anderen Lande der Welt, so ist das zwar ziemlich richtig, soweit die Gesetzgebung in Betracht kommt, unrichtig aber, soweit es die finanziellen Leistungen der Besitzenden betrifft und sich etwa auch auf die Steuertechnik beziehen soll. Die wirklichen Lasten der Besitzenden in Deutschland entsprechen nicht den im Gesetz festgelegten Tarifen, weil unsere Steuertechnik veraltet ist, die Methoden zur Einziehung und der Kontrolle unzulänglich sind und dadurch indirekt ein starker Anreiz zur Steuerhinterziehung ausgeübt wird. Erst der Uebergang zur Quellenbesteuerung, wie er in dem Vorschlag der Erlassung der Sachwerte auftritt, kann hier Wandel schaffen und dem Reich zu den vollen Einnahmen verhelfen, die das Gesetz den Steuerpflichtigen tracht kommt, unrichtig aber, soweit es die finanziellen auferlegt.

Große Beachtung im In- und Auslande aber verdienen die Bemerkungen des Reichskanzlers über die ungeheuer schädigenden Wirkungen der Verbrauchsbelastung gerade in Zeiten der Geldentwertung, in denen die Massen durch die sinkende Kaufkraft ihres Lohnes ohnedies zur starken Einschränkung ihrer Lebenshaltung gezwungen werden. Noch wirkungsvoller aber wären die Darlegungen des Reichskanzlers gewesen, wenn er diese soziale Ungerechtigkeit der indirekten Besteuerung durch den Hinweis unterstrichen hätte, daß die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland bei weitem niedrigeren Löhnen neben den Verbrauchssteuern hohe Einkommensteuern zahlen, während die gleichen Schichten in Frankreich und England einkommensteuerefrei sind. Der von dem Reichskanzler geforderte "Steuerheroismus" wird also von den unteren Volksschichten in Deutschland reitlos verlangt. Daß er von den bestehenden Klassen nicht in gleichem Maße getätigt wird, ist leider eine der wichtigsten Ursachen der neuesten Note der Reparationskommission.

Zu diesem Punkt waren deshalb die Darlegungen des Reichskanzlers äußerst zurückhaltend. Er betonte zwar, daß die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark in Goldparität erhoben werden solle, das heißt mit dem Sinken des Markwertes steigen werde, verwies aber im übrigen nur auf die Notwendigkeit der Gewährung einer Atempause für die deutsche Wirtschaft durch eine auswärtige Anleihe. So zweifelsfrei es auch ist, daß es von dieser Atempause abhängen wird, ob die deutsche Wirtschaft gesunden können, so darf man doch nicht verkennen, daß eine ebenso wichtige Voraussetzung die denkbar größte steuerliche Anstrengung der Besitzenden ist. Daran aber hat es bisher gefehlt und die Darlegungen des Reichskanzlers würden zweifellos an Wert gegenüber dem Auslande gewonnen haben, wenn er den ersten Willen bekundet hätte, mit allem Eifer grundlegende Änderungen in den deutschen Steuermethoden einzutreten zu lassen, durch den der Gegensatz zwischen der tatsächlichen Belastung und der auf dem Papier stehenden beseitigt würde.

Doch was der Reichskanzler verjährt hat, wird in der heutigen Ansprache der Redner der Unabhängigen Fraktion, der Genosse Breitscheid nachholen. Gestern sprachen nur als Vertreter der Deutschnationalen, Abg. Hergt, als Redner der Rechtssozialisten, Stampfer.

## Die Regierungserklärung

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Verhandlungen des Reichstags waren in der vergangenen Woche angefüllt mit Beratungen über die neuen Steuerentwürfe, welche die Regierung unter verantwortlicher Würdigung der inneren und äußeren Lage vorzunehmender verpflichtet war. Die Bezeichnung "Steuerkompromiß" kennzeichnet die Tatsache, daß es nur nach langen Bemühungen gelungen ist, für diese große Steuerbelastung des deutschen Volkes eine große parlamentarische Mehrheit zu finden. Die Reichsregierung und die Parteien hatten die Hoffnung, daß diese Arbeit die auswärtige Politik fördern würde, die darauf gerichtet war, das Problem der deutschen Reparation allmählich zu lösen, daß zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und den ihm auferlegten Lasten ein vorläufiger Ausgleich gefunden wird. Die Störung, die von innen nicht mehr zu fürchten war, ist nun von außen erfolgt, und zwar durch die Note, welche die Reparationskommission an die Reichsregierung richtete und das Schreiben, das dem Reichskanzler zugehellt wurde.

Der Reichskanzler wirft in längeren Ausführungen einen Rückblick auf die verschiedenen Krisen, die die Reparationsfrage bereits durchschritten hat, und fährt dann fort: In dem Briefe an den Reichskanzler, der überaus scharf gehalten ist, tritt ganz deutlich hervor, daß die ernsthaften Anstrengungen Deutschlands, den ihm auferlegten Verpflichtungen zu entsprechen, von der Reparationskommission in keiner Weise gewürdigt werden. Insbesondere scheint mir jedes Verständnis dafür zu fehlen, welche Bedeutung der im Gange befindlichen Steuerreform beizumessen ist. Auf Grund völlig ungenügender Würdigung sowohl der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, als auch der von uns gemachten Anstrengungen kommt der Brief zur Festsetzung der Bedingungen, unter denen der vorläufige Zahlungsausschub bewilligt werden soll. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Plan zur Vermehrung der Steuern vorzubereiten, und in Anwendung zu setzen, welcher im Laufe des Rechnungsjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark über die Ausgaben hinaus er-

geben sollen. Diese neuen 60 Milliarden sollen bis zum 31. Mai dieses Jahres bewilligt und in Kraft gesetzt (wachen rechts), und 40 Milliarden noch in diesem Jahre erstattet werden.

Im Antrage der Reichsregierung habe ich bestimmt und eindeutig festzustellen, daß diese Bedingung eine völlig unmögliche Zumutung ist.

Wir haben versucht, unser Steuersystem den gewaltigen Anforderungen anzupassen. Unsere direkten Steuern sind so stark gehalten, wie wohl in keinem Steuersystem der Welt. Wir sind gern bereit, in eine sachliche Auseinandersetzung mit den anderen Völkern einzutreten. Hier will ich nur hervorheben: Die Steuerlast eines Volkes kann nicht nach den rohen Ziffern berechnet, sondern nur in Beziehung zu dem nationalen Vermögen, zu dem nationalen Einkommen und den Einkommen der einzelnen Volksschichten. Die Ergiebigkeit der indirekten Steuern hängt von der Kaufkraft des Volkes ab. Die Kaufkraft des deutschen Volkes aber ist stark geschwächt, da eine Teuerungswelle die andere überschlägt. Durch die deutsche Geldentwertung wird die Belastungsgrenze für die indirekte Besteuerung immer enger gezogen. Nach der sachlichen Seite hin ist also zu erklären, daß es ganz unmöglich ist,

Quellen zu finden, aus denen in kurzer Zeit 60 Milliarden Mark mehr neue Steuern gewonnen werden können. Ich kann nicht glauben, daß bei den alliierten Regierungen die Erkenntnis von der Unmöglichkeit solcher Zumutungen nicht doch zum Durchbruch kommen soll. Es wird in dem Schreiben an den Reichskanzler gesagt, daß das Ausland in die Hoheitsrechte und in die ausschließlichen Befugnisse Deutschlands eingreifen soll. Das ist mit dem Selbstbestimmungsrecht und mit der Ehre einer großen Nation unvereinbar. Ich muß dies als eine Zumutung bezeichnen, der sich keine deutsche Regierung im Interesse des deutschen Volkes unterwerfen darf. (Beifall rechts.) Die deutsche Regierung hat bei Abschluss des Versailler Vertrags Verantwortung übernommen, gegen die Kompetenzen der Reparationskommission, soweit sie Eingriffe in die inneren Hoheitsrechte Deutschlands bedeuten, Protest zu erheben. Damals antworteten die Alliierten, daß die Befristung Deutschlands, die Reparationskommission könne in die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingreifen, auf einer völlig falschen Auffassung der Tatsachen beruhe. (Beifall rechts.) Es wurde ausdrücklich versichert, daß die Befugnisse der Reparationskommission nicht so ausgelegt werden dürfe, als wenn sie das Recht haben wolle, Deutschland seine innere Gesetzgebung zu diktiert, insbesondere die Ausgaben oder die Einziehung von Steuern anzuordnen oder leitende Vorschriften über die Aufstellung des deutschen Reichshaushalts zu machen. Eine Reihe von anderen Bedingungen decken sich durchaus mit unseren Absichten und den Interessen der deutschen Regierung. Aber auch hier wird manches kräftige Wort am Platze sein. Man fordert Sparsamkeit in der Verwaltung des Reichs. Im Auslande meint man wirklich zu glauben, daß wir hier eine veränderte Wirtschaft führen. Das ist kein Wunder, wenn selbst im Inlande ähnliche Auffassungen geäußert werden. Von den 86 Milliarden Mark, die die Verwaltung des Reichs erfordert, ist fast die Hälfte für Verzinsung der Reichsschulden und Fürsorge der Kriegshinterbliebenen erforderlich. Auf die eigentliche Reichsverwaltung entfallen von den 86 Milliarden ganze 0,5 Milliarden Mark. Es ist sehr wichtig, daß wir unsere Verwaltung weiter verbessern, sie billiger und schneller arbeiten lassen. Aber der Anstoß wird sich selber hinauchen, daß auch bei heftigstem Bemühen Milliarden aus diesen Beträgen herauszusparen wären. Wir werden aufgefordert, gegen die mißbräuchliche Ausfuhr von Kapital vorzugehen. Ein wirklicher Erfolg läßt sich aber nicht allein durch Maßnahmen der deutschen Regierung herbeiführen.

Dazu bedarf es eines internationalen Zusammenwirkens, zu dem sich Deutschland erneut bereit erklärt. Wir sind auch hinsichtlich der Zurückführung der Devisen bereit, den Vorschriften der Reparationskommission nachzukommen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß wir von uns aus nicht in der Lage sind, dem unparitätischen Gewerbe der Kapitalflucht allein entgegenzuwirken. Die Zwangsanleihe, wichtig für das Gleichgewicht im Innern, ist nicht in der Lage, das Reparationsproblem zu lösen. Hierzu ist eine ausländische Anleihe nötig. Bisher sind unsere Bemühungen, eine Anleihe zu bekommen, gescheitert an dem Verhalten des internationalen Kapitals, das nicht gewillt war, Gelder in das Danaabensack der deutschen Reparation hineinzuschütten.

Wir werden den Inhalt der Note auf das genaueste und sorgfältigste prüfen, ehe wir der Reparationskommission unsere schriftliche Antwort erteilen, weil wir uns der großen Bedeutung bewußt sind, die darin liegen würde, wenn die allmählich eintreffende Einsicht in das Reparationsproblem ihren Fortgang nimmt, oder wir aus neue wieder in die alten Methoden des Diktats und der Gewalt zurückgeworfen werden. Wir anerkennen, daß die Herabsetzung der Zahlungen für 1922 wie auch die Regelung der Zahlleistungen an sich die Erleichterung der Last Deutschlands für ein Jahr bedeuten würde. Wir wollen auch nicht verkennen, daß einem Teil der Bedingungen entsprochen werden kann, und wir sind bereit, mit unserer ganzen Verantwortlichkeit als Reichsregierung hinter dieses Problem zu treten.

Wir sind auch bereit, in Verhandlungen mit der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen erneut

darüber einzutreten, daß unsere wirtschaftliche und parlamentarische Lage wie der ganze Aufbau unseres Steuersystems es nicht ertragen, daß man eine so mechanische Maßregel hinzusetzt, wie es die Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern darstellt.

Wir müssen die Gegenseite überzeugen, von der Unzumutbarkeit und Schädlichkeit einer Kontrolle wie der angeführten. Ich bin überzeugt, daß dieser Versuch Erfolg haben wird. (Lachen rechts.) Unser besonderes Augenmerk werden wir bei den Verhandlungen auf die Frage zu richten haben, ob der Plan einer äußeren Anleihe unter teilweiser Mobilisation der Sachleistungen Deutschlands verwirklicht werden kann. Wir haben im vergangenen Jahre unsere ganze Kraft daran gesetzt, der Welt durch Erfüllung im Rahmen des Möglichen einen praktischen Nachweis zu erbringen, wo die Grenze der Erfüllung liegt. Wir wußten, daß diese Beweisführung nicht leicht sein wird, daß sie kritischen Situationen ausgesetzt sein werde. An einem solchen kritischen Punkt stehen wir heute nicht zum ersten Male. Wir werden alle Kräfte daran setzen, ihn zu überwinden und auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Wir werden uns durch Worte unserer Gegner, daß die Erfüllungspolitik Schiffbruch gelitten habe, nicht irren lassen. Wir wissen, daß die große Mehrheit der deutschen Volksvertretung hinter uns stehen wird. Man darf die Politik der Erfüllung und deren Geist nicht unter dem Gesichtspunkt des Schlagwortes würdigen.

Erfüllungspolitik heißt nicht Erfüllung als Selbstzweck, heißt nicht an die Ausführungsmöglichkeit alles dessen glauben, was die Gegenseite uns auferlegt hat, sondern heißt: das Mögliche tun, das Unmögliche zurückweisen. Auslaufenden Mitteln sind wir nicht imstande, die gesamten und auferlegten Verpflichtungen ohne Zuhilfenahme ausländischer Geldmittel zu erfüllen. Ob es uns gelingen wird, diese Hilfe zu erhalten, ist eine andere Frage. Aber, wenn auch von Zweifeln erfüllt, bin ich doch nicht ganz ohne Hoffnung. (Lachen rechts.)

Der keine Hoffnung mehr hat, soll die Hände von der Politik lassen. (Sehr wahr!) Das Kernproblem ist die Wiederaufrichtung Europas und Asiens. Es ist ohne wirtschaftliche Gesundung Deutschlands unmöglich. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Unsere Pflicht ist, alles zu versuchen, Deutschland und Europa den Weg des Verderbens zu ersparen. Nehmen Sie anrecht, ernst, eindeutig und klar Stellung. Ich bitte Sie, zu bedenken, daß Sie vor den aufmerksamen Ohren der ganzen Welt sprechen. (Beifall.)

Beisprechung der Regierungserklärung. Abg. Hergt (Dn.): Diese Rede ist nur ein Teil einer Generaloffensive Frankreichs auf Deutschland. Die Deutsche Volkspartei schämt sich der Annahme des Londoner Ultimatus durch das deutsche Volk, das all das jegliche Elend verursacht hat. Damals trafen wir vor Angst und Hilflosigkeit vor der Kraft der Entente. Zum ersten Mal hat heute der Reichstanzler entscheidende kräftige Worte gegenüber der Entente gesprochen. Warum erst heute? Der Feindbund soll die Finger von dem deutschen Volk lassen, er könnte sie sich doch verbrennen. (Lachen links. Zuruf: Schraffenheiß!) Von einer einschließenden Zurückweisung der Forderungen der Entente haben wir in der Rede des Reichstanzlers nichts gehört. Wir brauchen doch nur einmal entschieden anzutreten. (Leb. Tumult links.) Wieder ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende! (Widerstand links.)

Abg. Stämpfer (SPD.): Auch in unserer Partei hat die Note der Reparationskommission großen Unwillen ausgelöst. Die Massen unserer Partei haben einen großen Widerwillen gegen Herrscherministeren. Die Note richtet sich gegen eine demokratische Republik, deren demokratische Regierung den anerkannten Willen zur Erfüllung hat. Die Ausführungen des Herrn Hergt haben mich bekräftigt in der Auffassung, daß ein solcher Mann nur Minister sein konnte, als ein solcher Posten noch nicht mit Verantwortlichkeit verknüpft war. (Zustimmung links.) Man kann diese Rede vielleicht mit kindischer Rechtsaberei entschuldigen, man kann sie aber nicht national bezeichnen. Die Kritik an der Erfüllungspolitik der Regierung von Seiten der Deutschen ist lächerlich; was sie in Hunderten von Jahren geträumert haben, sollen wir in drei Jahren wieder aufgerichtet haben. (Zustimmung links.) Wenn die Reparationskommission uns gangbare Wege zur Besserung unserer Finanzen aufgezeigt hätte, so wären wir ihr dankbar gewesen. Auch wir wollen ein Finanzsystem, das den arbeitenden Massen die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins bringt und uns die Möglichkeit gibt, unseren Produktionsapparat zu erhalten. Die sozialdemokratische Partei erklärt mit Recht: Wir werden das Mögliche tun, das Unmögliche zurückweisen. Wir haben das Mögliche in den Konferenzen der europäischen Sozialisten, die sich mit dem Reparationsproblem beschäftigten, aufgezeigt. Unter der Erfüllungspolitik verstehen wir Sozialdemokraten: Die Arbeiter an die Front, die Diplomatie hinter die Front! Die Note der Reparationskommission ist nicht der größte und nicht der letzte Stein auf dem Wege zur Gesundung Deutschlands. Wir werden ihn uns aber auch wegräumen können, wenn wir nur treu bleiben der Politik, die wir mit dem Kabinett Wirb begonnen haben.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte, 3. Beratung des Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Bestimmungen des Demobilisationskommissars.

## Sozialdemokratie und Achtstundentag

So überschreibt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, der sich mit der Wandlung der Anschauungen über den Achtstundentag innerhalb der Sozialdemokratie womit das Blatt die rechtssozialistische Partei meint) beschäftigt. Man könnte Schadenfreude empfinden, schreibt das Blatt, über diese „innere Umstellung“, die hier zu beobachten sei. In den Kreisen der „Deutschen Tageszeitung“ habe man vorher gerügt, daß infolge der Verkürzung der Arbeitszeit eine Verringerung und Verteuerung der Produktion eintreten mußte. — Statt die Arbeitszeit zu verkürzen, hätten alle irgendwie verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Produktion in gewaltigem Maße zu steigern. Insbesondere hätte man an die Kohlenförderung und an die landwirtschaftliche Produktion denken müssen. An die Vermehrung der Ausbeutungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft denkt das agrarische Blatt natürlich vor allem, und dabei kommt es ihm gut zufließen, daß sich längst in der Tat einige zur S. P. D. gehörende Persönlichkeiten gegen den Achtstundentag ausgesprochen haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ erinnert an die Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, mit denen wir uns schon beschäftigt haben und fährt dann fort:

„Charakteristisch ist in dieser Beziehung die von uns am Sonnabend abgebildete Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, die sich eingehend mit der Frage der Arbeitszeit befaßte. Zwar die Vertreter der Freien (sozialistischen) Gewerkschaften lehnten die Verteilung des Achtstundentages ab; aber unter den

Vorkämpfer für die sozialistische Idee bekannte Kallisti die Frage, ob der Achtstundentag verwirklicht werden könne. Er schlug im Gegenteil die Suspensivierung des Achtstundentages auf fünf Jahre hinaus vor.“

Es sollte die Herren „Sachverständigen“ doch ein wenig nachdenken machen, wenn sie sehen müssen, daß ihre Gutachten gerade von dieser Seite ausbeutet werden. Aber dahin kommt man leicht, wenn man bei der Erörterung der Frage der Steigerung des Produktionswertes immer nur von den Pflichten der Arbeiter spricht und die Sünden der Unternehmer unerwähnt läßt. Verstehen können wir nur nicht, daß Sozialdemokraten diesen einseitigen und in seiner Einseitigkeit auch unsachlichen Standpunkt einnehmen können.

## Das englische Kabinett und Genua

London, 28. März.

Die Blätter melden, daß im Kabinett keinerlei Spaltung wegen der Genuaer Konferenz mehr bestehe. Die Meinungsverschiedenheiten seien gestern Abend auf einer Ministertagung beseitigt worden. Heute vormittag führte Lloyd George in einer Kabinettsitzung, in der die Genuaer Konferenz und die Frage des Vertrauensvotums erörtert wurden, den Vorstoß. Hierauf fand im Savoy-Hotel ein privates Essen statt, an dem mit Lloyd George die liberalen Minister des Kabinetts einschließlich der Einzelminister und Unterstaatssekretäre teilnahmen. Lloyd George hielt eine Ansprache, auf die eine allgemeine Erörterung der politischen Lage folgte. Churchill sprach ebenfalls. Der Premierminister erklärte den Blättern zufolge, daß das Kabinett die Bedingungen des Vertrauensvotums festgesetzt habe.

Heute nachmittag wurde Lloyd George vom König in Audienz empfangen. Der Premierminister fährt heute Abend wieder aufs Land und wird wahrscheinlich erst am Montag mittag nach London zurückkehren, um im Unterhause die angekündigte große Rede über Genua zu halten und das Vertrauensvotum zu fordern.

## Die französische Delegation für Genua

Paris, 28. März.

Heute vormittag wurde im Ministerrat beschlossen, dem Justizminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Barthou und neben ihm dem Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten Colrat die Leitung der französischen Delegation für Genua zu übertragen. Es sollen drei weitere Delegierte in einer besonderen Sitzung des Ministerrates am Mittwoch Abend bestimmt werden, die aus wirtschaftlichen Kreisen gewählt werden sollen.

## Die Friedensbedingungen für den Orient

Paris, 27. März.

Die von den drei alliierten Ministern des Neuern festgelegten Bedingungen zur Herbeiführung des Friedens zwischen der Türkei und Griechenland sind nunmehr offiziell veröffentlicht worden. Den Bedingungen ist noch folgendes zu entnehmen: Der Türkei soll das Recht zustehen, 45 000 Mann Gendarmerie und ein reguläres Heer von 40 000 Mann, also 85 000 Mann, zu unterhalten, während im Vertrag von Sevres nur 50 000 Mann vorgesehen wurden. Die Entscheidung der Verbündeten stellt als Grundbedingung auf, in keinem ehemals feindlichen Lande das System der Aushebung von Rekruten bestehen zu lassen. Indessen seien die drei Minister bereit, gemeinsam mit der türkischen Regierung in freundschaftlichem Geiste die Befestigung eines bestimmten Zeitraumes zu prüfen, nach dessen Ablauf in der Türkei Rekrutierungen durch Freiwilligen-Anwerbung vorgenommen werden dürften. Wenn die türkische Regierung zur Bildung der Gendarmerie die Unterhaltung ausländischer Offiziere wünsche, so könnten diese zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Kapitulationen soll die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße gewahrt werden. Deshalb soll innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages eine Kommission gebildet werden, in der England, Frankreich, Italien, Japan und die Türkei vertreten sind, um das in finanzieller Beziehung bestehende Kapitulationsystem zu revidieren. Auch in juristischer Hinsicht soll ein Reformplan für die Kapitulationen aufgestellt werden und zwar ebenfalls durch einen Ausschuss, in dem die Türkei vertreten ist. Er soll darüber entscheiden, ob ein einheitliches oder gemischtes System geschaffen werden soll.

## Preisfenkung in Amerika

(F. P. S.) Die Kosten für den Lebensunterhalt in den Vereinigten Staaten haben vom 1. März 1921 bis 28. Februar 1922 einen durchschnittlichen Rückgang von 13,6 Proz. erfahren und bleiben damit noch 7,3 Proz. über dem Niveau des Vorkriegsjahres 1913. In den letzten zwölf Monaten erfahren die Kosten der hauptsächlichsten Artikel und Bedürfnisse die folgenden Veränderungen: Nahrungsmittel — 15 Proz.; Kleidung — 20 Proz.; Licht und Heizung — 7 Proz.; Hausrat — 23 Proz.; Mieten + 6 Proz.

Wie man sieht, haben nur die Mietpreise die Abwärtsbewegung nicht mitgemacht, doch wird infolge der lebhafteren Bautätigkeit mit einer baldigen Senkung auch dieser Kosten gerechnet. Verglichen mit dem Preisniveau von 1913 stellen am 1. März sich die Kosten für Nahrungsmittel um 50 Proz., für Kleidung um 81 Proz., für Mieten um 61 Proz., für Licht und Heizung um 81 Proz., und für Hausrat um 118 Proz. höher. Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten, auf dessen Material diese Aufstellung fußt, fügt noch hinzu, daß durchgehend in den Staaten des mittleren Westens der Preisrückgang größer gewesen ist als in den Oststaaten.

Beisprechungen über die interalliierte Polizeinote. Am 28. März hat im Reichsministerium des Innern unter Leitung des Reichsministers Dr. Köster eine Aussprache mit Vertretern der Länder über die Polizeinote der interalliierten militärischen Kontrollkommission vom 29. März stattgefunden. Die Sitzung bezweckte, der Reichsregierung die für die Verantwortung der Note erforderlichen Unterlagen zu schaffen. Die endgültige Stellungnahme der Reichsregierung zu der Note wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Schiedsgerichtsverfahren in Norwegen. Das norwegische Parlament hat den Gesetzentwurf über die Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten angenommen. Die Vertreter der Bauernpartei stimmten zusammen mit den Linksozialisten und den Kommunisten dafür.

## Gegen den Lebensmittelpreisanstieg

Beratungen des Landtags.

Dienstag, den 28. März 1922.

Ein Gesetzentwurf über die Bildung einer Altiengeellschaft „Großkraftwerk Hannover“ wird in erster Lesung angenommen, ferner in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzentwurf, betreffend die Verteilung des preussischen Staatsan der Bildung einer gemeinnützigen Grundkreditanstalt.

Es folgt die Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung. Abg. Wittich (SPD.) befaßt sich mit dem Hilfsverwert der Landwirtschaft. Er erklärt, daß die sozialdemokratische Partei mit den Grundzügen des Hilfsverwertes einverstanden sei und läßt im übrigen an den darin aufgestellten Forderungen der Agrarier scharfe Kritik. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wird eine bessere Belieferung mit Kunstdünger gefordert. Den Bestrebungen, die Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen, muß entgegengetreten werden.

Abg. v. Pauer (Dn.) betont, daß die Landwirtschaft nicht aus materiellen, sondern aus ideellen Gründen produziere. (Wer lacht da?) — Abg. Milberg (Dn.) bezeichnet als Ziel des Hilfsverwertes die Hebung der Produktion, der sich nach seiner Ansicht die Landwirte in großer Selbstlosigkeit hingeben. Das Umlageverfahren muß auch von den Konsumenten als unhaltbar bezeichnet werden, wenn sie der Rotlage der Landwirtschaft Rechnung tragen. Er sieht äußerst schwarz in die Zukunft, wenn die Regierung nicht baldmöglichst schnell ihre Absichten der Getreidebewirtschaftung bekanntgibt, weil die Landwirte nicht wissen, was sie zur Ausaat bringen sollen.

Abg. Klaußner (USP.):

Die Agitationsphrasen der Rechtsparteien müssen zurückgewiesen werden. Der Kampf der Landwirtschaft gegen das Umlageverfahren ist getragen von dem Bestreben, dem Bauer mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist heute schon eine so ungeheuerliche, daß die breiten Volksmassen diese Belastung nicht tragen können. Die Steigerung der Löhne der Landarbeiter steht in keinem Verhältnis zu der Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte. Die offizielle Aufforderung des Landtages zum Zurückhalten von Brotgetreide hat dazu geführt, daß der ursprüngliche Mangel an Brotgetreide behoben ist, indem man nunmehr das zurückgehaltene Getreide zu den jetzigen hohen Preisen an die Großhändler abgibt, die nunmehr zu ihrem Teil noch mehrmals zur Verrentierung in erheblichem Maße beitragen. Diese vertenernde Wirkung des Zwischenhandels muß beseitigt und die Verbraucher direkt vom Produzenten beliefert werden. Das Umlageverfahren muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

wenn nicht die Verbraucher in noch größerem Umfange wie bisher der wirtschaftlichen Verelendung entgegengeführt werden sollen. Die Landwirtschaft hat genau so wie die Industrie die Salutarerträge in Form der Anpassung an die Weltmarktpreise schmungelnd eingestrichelt, woran der Unterrichtsminister Veronesi einen wesentlichen Anteil hat. Der Stadt Berlin wurde die Einfuhr von Kartoffeln nicht genehmigt, wodurch der Großberliner Markt vollständig von Kartoffeln entblößt blieb. Nach Aufhebung der Zuckerverbottswirtschaftung durch das Reich ist nunmehr der Zuckerhandel einem aus Großhändlern gebildeten Syndikat ausgeliefert, das die Preise ganz erheblich in die Höhe getrieben hat und jeden Händler mit hohen Konventionstrafen belegt, der sich dieser Preisfestsetzung nicht unterwirft. Ähnliche Entwürfe bilden sich in der Landwirtschaft heraus, wo ebenfalls eine neue Konzentration Platz greift, die unter Umständen der Landwirtschaft schweren Schaden zufügen kann. Die Landwirtschaft hätte es in der Hand, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu bewerkstelligen, wenn dazu der gute Wille vorhanden wäre. Die Reichslandbund- und die in den Städten ihnen gleichartigen Heimatsdunorganisations haben durch ihre

Propaganda für die Lieferkreise

schwer die Volkswirtschaft geschädigt, wie aus den Versammlungsberichten dieser Organisationen hervorgeht, werden die Organisationen im angelegten Moment nicht davor zurückschrecken, mit dem Mittel der Zurückhaltung des Brotgetreides sich das Volk ihren politischen Zielen gefügig zu machen. Wir betrachten als einziges Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben und die Produkte zu den billigen Preisen den Konsumenten zuzuführen, die Enteignung des Grund und Bodens und dessen Bewirtschaftung nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Bis dieses Ziel erreicht ist, fordern wir die Erhöhung der Getreidemenge, ferner die Ausdehnung des Umlageverfahrens auf die Kartoffel- und Milchverforgung.

Abg. Schreiber (Dem.) verlangt eine bessere Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln. Die Demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die beste Produzentenpolitik auch die beste Konsumentenpolitik sei und daß, nachdem die Zwangswirtschaft in allen Zweigen gefallen sei, auch die Landwirtschaft von der Getreidemenge befreit werden müsse. Die Bestimmungen über Preistreibeinheiten müssen aufgehoben werden.

Fortsetzung der Beratung am Mittwoch, den 29. März. Die Beratung der Interpellation über die Enteignung der Weichfeldbörser wird auf Freitag verschoben.

## Schießerei in einer russischen Versammlung

Gestern Abend fand eine stark besuchte Versammlung in der Philharmonie statt, in der der bekannte russische Politiker Professor Miljukow, einer der Führer des linken Flügels der Demokraten, einen Vortrag hielt. Als er kurz vor 10 Uhr seinen Vortrag schloß, ertönten 10 bis 15 Schüsse, die auf die am Vorstandstische sitzenden Herren abgefeuert wurden. Eine Anzahl Personen wurden verletzt, darunter der liberale Politiker Nabokow. Weitere Einzelheiten über den Vorgang waren bis Redaktionsschluss nicht erhältlich.

## Der Stand der Erwerbslosigkeit

Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen im Reich zu Ende Februar betrug 208 000, d. h. rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Die Zahl der Zuschlagempfangenden, d. h. der unterstützten berechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser, ist im Februar von 279 000 auf 302 000 gestiegen. Den Hauptanlaß für diese unangenehme Entwicklung des Arbeitsmarktes hat der Eisenbahnerstreik mit seinen mannigfachen Nachwirkungen gebildet. Doch hat die milde Bitterung in der zweiten Hälfte des Februar allmählich Gegenwirkungen ausgeübt und im März ist nach den bisher vorliegenden Meldungen mit einer Abnahme der Erwerbslosenzahl zu rechnen.

# Zur „Freiheit“-Angelegenheit

Von Wilhelm Dittmann.

Der angekündigte Rücktritt der Redaktion der „Freiheit“ wird von den Organen der Rechtssozialisten und der Kommunisten als eine schwere Krise in der U.S.P.D. hingestellt, und auch die „Welt am Montag“ behauptet dasselbe. Bei Rechtssozialisten und Kommunisten ist zweifellos der Wunsch der Vater des Gedankens. Sie fügen noch böshafte Kombinationen über die angeblichen Nachfolger von Hilferding, Herz usw. hinzu. Auch die bürgerliche Presse bringt zu der Sache allerlei hässliche Glossen.

Es scheint mir deshalb angebracht, vor Freund und Feind ein Wort zu der Angelegenheit zu sagen. Ich glaube dazu um so eher berechtigt zu sein, als ich bisher Hilferding und die Redaktion der „Freiheit“ vor Angriff aus dem eigenen Lager oft in Schutz genommen habe und noch in die entscheidende Sitzung der drei Zentralkörperschaften am 24. März mit dem Vorschlag gekommen war, zu vermitteln. Bedingungslos habe allerdings auch ich mich niemals für Hilferding und die „Freiheit“ einsetzen können. Ich habe stets beklagt, daß das Blatt unter Hilferdings Leitung zu wenig als proletarisches Kampfsorgan gehalten war. So sehr ich Hilferding stets als Theoretiker, Soziologen und Nationalökonom geschätzt habe, als praktischer Tagespolitiker konnte ich ihm in den aktuellen Fragen sehr oft nicht folgen. Und da die „Freiheit“ seinen Geist widerspiegelte, sagte mir auch oft die Haltung des Blattes nicht zu. Wo die Tagespolitik ein klares Entweder — Oder erfordert hätte, war die Stellungnahme des Blattes vielfach durch wissenschaftliche Vorbehalte und Verlautbarungen unklar und unbestimmt. Trotzdem habe ich mich bisher immer gegen die Auffassung gewendet, daß man darin etwas anderes sehen müsse als die Folge von Hilferdings Gelehrtennatur, die ihn die Erfordernisse des politischen Tageskampfes nicht richtig einschätzen lasse.

An den Aussprachen, die im Laufe der letzten Wochen zwischen der Redaktion einerseits und verschiedenen Organisationsinstanzen andererseits stattgefunden haben, konnte ich aus äußeren Gründen nicht teilnehmen. Das Ergebnis, das Hilferding schließlich vorlegte, um seine Haltung zu begründen und eine schriftliche Entgegnung des erkrankten Genossen Ledebour hatten mich nicht von der Meinung abbringen können, daß bei beiderseitigem guten Willen ein Ausgleich möglich und im Interesse der Partei notwendig sei. Diese Meinung wurde mir in der entscheidenden Sitzung der drei Zentralkörperschaften vom 24. März geraubt durch — Hilferding selbst. Die Rede, die er dort zur Begründung seines Standpunktes hielt, machte mir es absolut unmöglich, auch nur noch ein einziges Wort zur Vermittlung zu sagen. In dieser Rede zeigte sich, daß Hilferding einem hoffnungslosen Pessimismus in allen wichtigen Fragen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung verfallen ist. Sein absoluter Pessimismus verleitete ihn zu selbstsam einseitig-ungerechten Urteilen über das deutsche Proletariat und die Arbeiterbewegung der übrigen Länder. Er hielt den Gegensatz zwischen U.S.P.D. und U.S.P.D. für historisch und in der Gegenwart nicht mehr begründet und übersah völlig, wie dieser Gegensatz durch das Pattieren der U.S.P.D. mit kapitalistischen Parteien täglich neue Nahrung erhält. Er sprach von der Notwendigkeit, statt Agitationspolitik eine Politik der Verantwortung zu treiben, als wenn die U.S.P.D. durch ihre Außenpolitik und durch ihre Ablehnung des Moskauer Diktats nicht bewiesen hätte, wie sie beides zu vereinbaren versteht. Im Verlaufe von Hilferdings Rede wurde mir klar, daß ein Mann von einer so absoluten pessimistischen Grundstimmung unmöglich ein politisches Kampfsorgan — ganz gleich, welcher Partei — leiten kann. Es blieb mir nichts anderes übrig, als das offen auszusprechen, und ich tue hier jetzt in aller Öffentlichkeit dasselbe. Ich wünsche, daß sich der Wechsel in der Redaktion der „Freiheit“ ohne Reibungen vollziehen werde und beklage, daß ein Mann von den Fähigkeiten Hilferdings durch den unglücklichen Wirtswart im sozialistischen Proletariat in einen solchen Zustand geistiger Depression geraten ist, der ihm den Kampfesmut gebrochen hat. Mit mir werden viele innerlich und äußerlich der U.S.P.D. diese Entwicklung bedauern.

Die U.S.P.D. als Partei wird durch den Rücktritt Hilferdings, der mit dem Uebertritt der K.A.G. zur U.S.P.D. nicht das Geringste zu tun hat, in keine Krise geraten. Sie wird vielmehr mit altem Kampfesmut ihren Weg weiterfahren, den Weg des proletarischen Klassenkampfes.

Nachschrift der Redaktion: Wir erachten es als sehr bedauerlich, daß Genosse Dittmann zur Begründung seines Standpunktes nicht anderes vorbringt, als ein — durchaus einschlägiges — Stimmungsbild aus den als vertraulich erklärten Beratungen der zentralen Körperschaften. Genosse Dittmann war es, der in der Sitzung am 24. März entschieden verlangte, daß in der Parteipresse keine anderen als die offiziellen Berichte über diese Sitzung veröffentlicht würden. Er selbst verhielt aber nun in der großzügigsten Weise gegen diese in der Konferenz akzeptierte Forderung, ein Verfahren, das jedenfalls bei einem der Vorstehenden der Partei recht merkwürdig anmutet.

Zur Sache selbst möchten wir bemerken, daß als Grundlage der Erörterungen in der Konferenz die Denkschrift der Redaktion der „Freiheit“ zu dienen hatte, deren Inhalt im wesentlichen mit der gestern hier veröffentlichten Erklärung der Redaktion übereinstimmt. Nicht die Stimmungen oder Vermittlungen des Genossen Hilferding standen zur Debatte, sondern der Gegensatz in der Auffassung verschiedener sozialistischer Fragen, der sich in der Denkschrift der Redaktion und der Gegenentscheidungen der zentralen Körperschaften abzeichnete. Ob der Beschluß der zentralen Körperschaften dieser Angelegenheit gerecht geworden ist, überlassen wir dem Urteil der Parteigenossen. Wenn jetzt aber einzelne Neugierigen des Genossen Hilferding kolportiert werden und sein „Pessimismus“ in den Vordergrund gerückt wird, so bedeutet das eine Verschönerung der Streitfrage, die wir im

Interesse der Partei bedauern müssen. Schon dieses Verfahren würde es übrigens psychologisch durchaus begreiflich erscheinen lassen, daß, abgesehen von allem anderen, die Kampfstimmung nicht nur des Genossen Hilferding durch pessimistische Anwandlungen gestört würde.

## Warum so vergeblich?

Der „Vorwärts“, der den Inhalt unserer gestrigen Denkschrift wiedergibt, schreibt im Anschluß daran über die Haltung seiner Partei:

„Daß die Sozialdemokratische Partei ihren Standpunkt nicht geändert hat, brauchen wir dabei nicht zu betonen, sie hat allein das getan, was die „Freiheit“-Redaktion von ihrer Parteilichkeit verlangt: Sie hat die sachlichen Interessen der Arbeiterklasse über die Agitationstrübsichten des Augenblicks gestellt, sie hat anstatt Propaganda Arbeiterpolitik getrieben.“ Wir finden, daß das sozialdemokratische Zentralorgan ein sehr schlechtes Gedächtnis aufweist, wenn es nun erklärt, daß die SPD. stets Arbeiterpolitik betrieben und die sachlichen Interessen der Arbeiterklasse über die Agitationstrübsichten des Augenblicks gestellt habe. Es ließe sich darüber manches sagen, was dem Vorwärts recht unangenehm auf die Nerven fielt. Wir begnügen uns damit festzustellen, daß der Vorwärts durch seinen Versuch, unsere Denkschrift für seine parteipolitischen Ziele auszuschlachten, das Gegenteil von dem tut, was er als die Politik seiner Partei bezeichnet: er stellt das Agitationsbedürfnis des Augenblicks über das sachliche Interesse der gesamten Arbeiterbewegung.

## Stimmen der Partei-Presse

Die Parteipresse im Reich hat bisher nur zum kleineren Teil zum Konflikt in der „Freiheit“-Redaktion Stellung genommen. Die meisten Blätter teilen den Beschluß der Zentrale und die diesem angefügte Erklärung der Redaktion vollinhaltlich mit, einige begnügen sich mit kurzen Aussagen.

### Magdeburger Volkszeitung:

Die Redaktion der „Freiheit“ hat Recht, wenn sie sagt, der Beschluß besage, daß die bisherige Haltung nicht in allen Fragen mit den Beschlüssen des Parteitanzes im Einklang steht. Das wird nicht direkt gesagt, erlaubt sich aber aus dem Wunsche für die Zukunft, falls daeasen ist es, ein schroffes Mißtrauensvotum daraus zu machen. Das trifft nicht zu. Vielmehr sollte der Beschluß in dieser Form die Brücke zu weiterer Zusammenarbeit schlagen. Wenn die Redaktion trotzdem die Konsequenzen ziehen will, ist das bedauerlich, denn damit gibt sie trotz agentenloser Versicherung zu, daß sie sich nicht in der Lage fühlt oder nicht gewillt ist, dem Beschlusse der Zentralkörperschaften gemäß zu handeln. Es ist nicht gerade im Interesse der Partei gehandelt, wegen einer von der überwältigenden Mehrheit der Partei abweichenden Auffassung den Gewinn das Spiel einer kleinen Palastrevolution vorzuführen. Aber da es sich nur um eine solche handelt, da die Partei als Ganzes einheitslich in ihrer Auffassung über die Wege des proletarischen Kampfes, wird dieser Vorgang nicht im geringsten an der vom Genosse erhofften Schwächung oder Spaltung der Partei führen. Letztere ist völlig ausgeschlossen. Das Proletariat strebt nach Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes. Es hat genug vom Spalten.

### Leipziger Volkszeitung:

Das ist die Ankündigung des Rücktritts der Redaktion unseres Berliner Organes, das bedeutet, daß mindestens der Chefredakteur Dr. Hilferding und die politischen Redakteure, die Genossen Dr. Herz, Eugen Praeger, Raabold und Leo Diebschuh, vielleicht auch die anderen Redakteure aus der Redaktion scheiden. Wir bedauern das ganz außerordentlich — bedauern, daß die Zentralinstanzen Abweichungen in tatsächlichen Fragen durch ihren Beschluß zu angeleglichen Verhältnissen gegen die Parteilichkeitsbeschlüsse, insbesondere gegen das Leipziger Manifest, gemacht haben. Der die entscheidenden Genossen erziehen soll, ist uns unklar, daß aber die Partei viel verliert, wenn solche Köpfe nicht mehr am Berliner, d. h. an dem in der Öffentlichkeit immer als das Zentralorgan der Partei betrachteten Blatte wirken, das brauchen wir nicht näher auszuführen. Die Wirkung des Rücktritts auf die Partei ist überhaupt noch nicht abzusehen.

### Unabhängige Volkszeitung, Dresden:

Diese Erklärung bedeutet, daß die Redaktion zurücktritt. Eine andere Haltung wäre auch nach dem unzweifelhaften Mißtrauensvotum der Zentralinstanzen nicht möglich gewesen. Auf welche bestimmten Artikel oder Neuformungen oder Unterlassungen durch die Freiheit-Redaktion die Zentralinstanzen ihr Urteil stützten, ist nicht bekannt. Es dürfte sich wohl auch weniger um bestimmte Einzelheiten als um die Gesamtaufassung, den „Ton“, die Klarheit und Schärfe der gesamten Haltung der Freiheit handeln. Der Konflikt offenbar aus neue, doch in der Partei die Meinungen über unsere Politik geteilt sind, wie schon durch die Abstimmung zum Vertrauensvotum über die Reichsregierung und auch auf der Reichskonferenz der Parteifunktionäre zum Ausdruck kam. Diese Meinungsverschiedenheit hat ihren tiefsten Grund in der Unklarheit der ganzen Lage, die ein einseitiges und überes Urteil unmöglich macht. In solchen undurchsichtigen Uebergangszeiten muß freilich die Partei des kämpfenden Proletariats mit geschärfter Verantwortlichkeit darauf halten, daß die Politik des entscheidenden Klassenkampfes nicht zertrübt wird. Das bleibt immer die Pflicht. Ob und inwieweit die Freiheit-Redaktion hier ihre Pflicht nicht voll erfüllt habe, kann man ohne Kenntnis der gesamten Vorgänge und Verhandlungen nicht entscheiden. Das bloße Gefühl, die Freiheit sei nicht auf der Höhe, reicht zur Urteilsbildung nicht aus.

### Tribüne, Erfurt:

Wir erblicken in der Stellungnahme der Freiheit-Redaktion die Schaffung der notwendigen Klärung der Berliner Parteiverhältnisse, die allein durch den Beschluß der Parteileitung nicht herbeigeführt werden kann, weil in ihm die offene Sprache vermieden wird. Unsere Zentralinstanzen werden sich bemühen müssen, in Zukunft bei Konflikten innerhalb der Partei eine Haltung einzunehmen, die nicht zweideutig ist, damit sich nicht wieder ähnliche Diskussionen entspinnen können, wie über den Beschluß der Reichskonferenz bezüglich der Vertrauensfrage, der von einigen Parteigenossen in einer Weise ausgeschaltet wird, die geradezu verächtlich ist.

Keine Steuerfreiheit für kirchliche Vereinigungen. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Bericht des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 21. März, über die Reichstagsverhandlungen den Abg. Dr. Herz sagen läßt: „Hobert die Steuerfreiheit für Vereinigungen, die kirchlichen Zwecken dienen.“ In Wirklichkeit hat Herz die Streichung der Steuerfreiheit für Vereinigungen, die kirchlichen Zwecken dienen, beantragt.

## Keine Beratung der Tarifvorlagen

Die gestrige Stadtratsbesitzung nahm einen unerwarteten Verlauf. Zu Beginn gab es zunächst ein verunglücktes Mandat des Stadtratsvorsitzenden Dr. Caspari. Bevor ein Teil der Fraktionen der Linken, die noch infolge der bedeutungsvollen Tagesordnung in Fraktionssitzungen beschäftigt waren, den Plenarsitzungsraum betreten hatten, hatte der Vorsitzende schon mit der Sitzung begonnen und verfuhr, da die Rechte des Hauses schon anwesend war, die neue Hundesteuerordnung im Sinne der bürgerlichen Mehrheit durchzubringen. Auch die neue Hundesteuerordnung steht in der Vorlage des Magistrats eine Begrenzung der Steuerpflicht vor für solche Hundebesitzer, die einen Hund als Wachhund haben, wenn das nächste Grundstück 300 Meter entfernt ist. Die bürgerliche Seite hatte beantragt, diese Umgrenzung auf 100 Meter herabzusetzen, so daß dadurch jeder reiche Villenbesitzer in den westlichen Vororten in den Genuß der Steuerfreiheit für seinen Hund gekommen wäre. Deshalb beantragte Dr. Lehmann (SPD.) die alte Begrenzung von 300 Metern wieder einzuführen. Dieser Antrag wurde mit 63 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Diese Stimmenzahl insgesamt ergab die Beschlussunfähigkeit des Hauses, die dann auch vom Vorherber festgesetzt wurde. Er vertagte die Sitzung auf fünf Minuten.

Genosse Wegl stellte darauf fest, daß es zunächst illegal gehandelt sei, die Sitzung in Abwesenheit großer Fraktionen überhaupt zu beginnen und bezweifle dann die Berechtigung der Abstimmung. Es wurde erreicht, daß noch einmal die Debatte aufgenommen wurde, so daß Genosse Regge unseren Standpunkt, der sich mit dem der SPD. deckt, darlegen konnte. Die Wiederholung der Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Dr. Lehmann und ferner die Annahme der Magistratsvorlage.

Die Anfrage unserer Fraktion, wann der neue Stadtdirektor Dr. Elhardt sein Amt antreten wolle (er hatte sich geweigert, einen politischen Stadtrat unterstellt zu werden), wurde von dem Genossen Radtke begründet. Stadtrat Wuyki legte dar, daß der Stadtdirektor allerdings sich zunächst geweigert habe, sein Amt unter einem Stadtrat anzutreten, daß aber noch einmal mit ihm verhandelt und eine Einigung erzielt worden sei.

Nun sollte die Beratung der Tarifvorlagen folgen. Der Magistrat hatte in seiner außerordentlichen Sitzung vom Montag beschlossen, die Auszahlung der aus den Schiedssprüchen sich ergebenden Gehalts- und Lohn erhöhungen einzustellen, wenn für diese neuen Ausgaben nicht durch die Annahme der Tarifvorlagen eine Deckung geschaffen werde. Er hatte diesen Beschluß den Fraktionsführern zur Bekanntheit in den Fraktionssitzungen mitgeteilt. Dieser Beschluß des Magistrats führte dann zu einer Stellungnahme bei einem Teil der Fraktionen. Infolgedessen wurde gestern abend die Verhandlung im Plenum durch eine ausgedehnte Sitzung des Kassenrates unterbrochen. Das Ergebnis dieser Sitzung war ein Geschäftsordnungsantrag Marten (Dem.), die Beratung erst am Donnerstag vorzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — In der gestrigen Sitzung kamen dann nur noch eine Anzahl kleinerer Vorlagen zur Verhandlung.

## Die Arbeitskämpfe.

### Ergebnislose Verhandlungen im englischen Metallarbeiterkonflikt.

(Juteil) London, 28. März.

Die gestern nachmittag zwischen den Vertretern der Unternehmer und den Unterhändlern der von der Aussperrung betroffenen Verbände ausgenommenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Unternehmer lehnten den Vorschlag der Arbeitervertreter, die Aussperrung bis zu neuen Verhandlungen aufzuheben, kategorisch ab. Diese Verhandlungen sollten auf Grund der vom Präsidenten des Arbeitgeberverbandes angenommenen Bedingungen begonnen werden, doch verbarren die Unternehmer bei ihren Bedingungen.

(Juteil) London, 28. März.

Die Lage in der englischen Metallindustrie wird als sehr kritisch betrachtet. Es wurde eine Sitzung des Exekutivkomitees des Metallarbeiterverbandes und der Vertreter der Ableigen Verbände einberufen. Zu dieser Sitzung wurde auch der Sekretär der Labour Party, Henderson, eingeladen, der seine Stellung zur Aussperrung der Metallarbeiter und zu den Vorschlägen der Verbände bekanntgeben soll.

### Die Aussperrung der englischen Werftarbeiter.

(Juteil) London, 28. März.

Bis zur Stunde wurden von den englischen Schiffbauunternehmern keinerlei Maßnahmen getroffen, die auf eine Beilegung der angedrohten Aussperrung schließen ließen. Die Unternehmer beharren auf der Aussperrung, obwohl sich die Arbeiter bereit erklärt hatten, die Frage der Lohnveränderungen einer neuen Abstimmung zu unterbreiten. Die Aussperrung zieht immer weitere Kreise. Sogar einige Firmen, die dem Unternehmerverbande nicht angeschlossen sind, werden ihre Arbeiter mit heutigem Tage ohne vorherige Ankündigung aussperrern. Der Präsident des Unternehmerverbandes hatte an alle Vertreter der Arbeiterschaft einen Brief gerichtet, in dem er ihnen vorschlug, die Arbeiter in den Betrieben der Schiffbauindustrie, die unter dem schlechten Geschäftsgang leiden, aufzufordern, den vorgeschlagenen Lohnreduktionen zuzustimmen. In ihrer Antwort erklärten jedoch die Arbeitervertreter, dazu nicht in der Lage zu sein.

### Der Bergarbeiterstreik in Nordamerika.

Paris, 28. März.

Nach einer „Havas-Meldung“ aus New York wird während des Bergarbeiterstreiks die Gewerkschaft der Entladern sich der Einfuhr englischer Kohle widersetzen. Die „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, werden im Falle eines Bergarbeiterstreiks in den Vereinigten Staaten die Bergarbeiter in Canada ebenfalls die Arbeit niederlegen.

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden ist  
**San.-Rat Haussalbe** seit 100 Jahren  
ein bewährtes u. schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 12 — u. 25 — M.  
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74  
am Dönhofsplatz  
Tele. Nr. 5047





